

G20-Treffen in Neu-Delhi: Zeit, um auf Indien hinzuweisen

Stephanie Eger und Michael Gottlob

Am 9. und 10. September 2023 versammeln sich die EU und Staats- und Regierungschefs der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer wieder zur jährlichen G20 Gipfelkonferenz. Das Treffen findet dieses Jahr in Neu-Delhi, Indien statt. Der Slogan den Indien dafür auserwählt hat, lautet: "Vasudhaiva Kutumbakam" oder "One Earth · One Family · One Future". Unterschiedliche Rapportagen von unter anderem Amnesty International zeigen aber auf, wie die Menschenrechtssituation in Indien selbst immer weiter verschlimmert. Unter Premierminister Modi nimmt der staatlich geförderte Hindu-Nationalismus zu und gibt es immer mehr Repressionen und diskriminierende Gesetze im eigenen Land. Ein exemplarisches Beispiel dafür ist der Fall der «BK16».

In der kleinen Stadt Bhima Koregaon im Bundesstaat Maharashtra erinnert ein Obelisk an eine Schlacht aus der Frühzeit der britischen Kolonialherrschaft, die dort jährlich von den Dalits (ehemals bekannt als «Unberühbare» und «Kastenlose») gefeiert wird. Am 1. Januar 1818 standen sich dort nämlich die Streitkräfte des regionalen Herrschers Peshwa Baji Rao II. und ein Heer der East India Company gegenüber. Das britische Heer bestand grösstenteils aus Mahars; eine Dalit-Gemeinschaft. Die Dalits bereiteten den indischen Truppen, die ihnen zahlenmässig überlegenen waren, eine empfindliche Niederlage .

Aus Sicht der Dalits repräsentiert die Peshwa-Dynastie die traditionelle Kastenhierarchie, verbunden mit all der Verachtung, Unterdrückung und Ausbeutung, an der sich bis heute wenig geändert hat. Mit den Jahren wurde Bhima Koregaon so zu einem Symbol für das Selbstbewusstsein der Dalits, dass jährlich gefeiert wird. Hindu-Nationalist:innen hingegen, erscheint dies als Provokation und antinationales Verhalten.

Von Hindu-Schlägertrupps angegriffen

Zum 200. Jahrestag der Schlacht in 2018 wurde eine «Elgar Parishad» (wörtlich: "Laute Erklärung") organisiert. Ziel war, am Sitz der früheren Peshwa- Herrscher das "neue Peshwa-Regime" und die "zunehmende Unterdrückung sozialer Bewegungen, Gräueltaten an unteren Kasten und die Politik gegen die Armen" anzuprangern. Gemeint war damit die BJP-Regierung von Premierminister Narendra Modi und die hinter ihr stehende Hindutva-Bewegung des Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS). Als sich die Dalits am nächsten Tag von Pune auf den Weg nach Bhima Koregaon machten, wurden sie von Hindu-Schlägertrupps angegriffen. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen eine Person getötet wurde.

Die Polizei behauptete nachher, Teilnehmer:innen der Versammlung hätten die Gewalt durch aufrührerische Reden ausgelöst. Zudem gebe es Hinweise auf weitere kriminelle Aktivitäten. Als Drahtzieher:innen wurden vor allem Intellektuelle und Aktivist:innen aus den Städten angesehen, sogenannte "städtische Naxaliten", denen Verbindungen zur verbotenen maoistischen Kommunistischen Partei Indiens vorgeworfen werden. Am Ende hiess es sogar, sie hätten einen Mordanschlag auf Premierminister Modi vorbereitet.

Bei mehreren Razzien nahm die Polizei im Juni 2018 die Menschenrechtsverteidiger

Surendra Gadling, Rona Wilson und Sudhir Dhawale, die Anglistin und Frauenrechtlerin Shoma Sen und den Sozialaktivisten Mahesh Raut fest. Zwei Monate später wurden die Anwältin und Gewerkschafterin Sudha Bharadwaj, die Aktivisten Vernon Gonsalves und Arun Ferreira und der Schriftsteller Varavara Rao festgenommen.

Im Januar 2020 übernahm die nationale Antiterrorereinheit NIA die Ermittlungen und benannte weitere Personen, die mutmasslich an den Unruhen beteiligt waren. Am 14. April 2020 stellten sich der Journalist Gautam Navlakha und der Hochschullehrer Anand Teltumbde den Behörden; sie befinden sich seitdem in Haft. Im Juli wurde der Englischprofessor Hany Babu festgenommen, am 8. Oktober der Jesuitenpater Stan Swamy.

Am 7. und 8. September inhaftierten die Behörden Sagar Tatyrao Gorkhe, Ramesh Murlidhar Gaichor und Jyoti Jagtap vom Kulturverein Kabir Kala Manch in Pune, der sich mit Theateraufführungen gegen das Kastensystem und Gräueltaten an Dalits wendet. Alle drei waren auch bei der Elgar Parishad aufgetreten. Diese 16 Aktivist:innen die in Folge der Proteste in Bhima Koregaon verhaftet wurden, stehen mittlerweile bekannt als die «BK16».

Manipulierte Beweisführung

Laut der Britischen Zeitung The Guardian gibt es im Fall der BK16 200 Zeugen und 17.000 Seiten an Beweismaterial. Nach Angaben der Zeitung handelt es sich dabei um eine extravagante Beweisführung, „voll von wilden, unbewiesenen und möglicherweise unbeweisbaren Behauptungen.“¹ Mittlerweile wurde ausserdem nachgewiesen, dass ein Teil der Beweisführung auf unterschobenen Dokumenten beruht. In 2021 berichtete The Washington Post erstmals darüber. Das in den USA ansässige Unternehmen für digitale Forensik «Arsenal Consulting» hatte die Sache untersucht und kam zu dem Schluss, dass die Computer von einigen der Angeschuldigten gehackt worden waren und Malware darauf installiert wurde. Diese Erkenntnisse wurden von mehreren externen Firmen überprüft und bestätigt.

Zusätzlich hat das kanadische «Citizen Lab» herausgefunden, dass Assoziierte der BK16 von der militärischen Spionagesoftware Pegasus angegriffen worden sind. Laut Untersuchungen eines Konsortiums von Nachrichtenorganisationen war das Regime von Modi eines der repressiven Regimes, die diese Software gegen Oppositionspolitiker:innen, Journalist:innen und Aktivist:innen einsetzt.

Mithilfe dieser «Beweisführung» wurden die BK16 dann im Rahmen des Unlawful Activities (Prevention) Act (UAPA) verhaftet. Dieses Gesetz wird von unterschiedlichen NGOs, auch von Amnesty International, als drakonisch und repressiv bezeichnet. Viele Definitionen dieses «anti-Terror Gesetzes» sind so vage formuliert, dass sie den Behörden willkürliche Befugnisse geben. Ausserdem kennt dieses Gesetz keine Bestimmungen über angemessene Schutzmassnahmen vor Folter und andere Misshandlungen, geht von einer Schuldvermutung (anstatt Unschuld) aus und kennt nur extrem strenge Kautionsbestimmungen, die dafür sorgen, dass Personen über Jahre hinweg ohne jeglichen

¹<https://www.theguardian.com/world/2021/aug/12/bhima-koregaon-case-india-conspiracy-modi>



Prozess inhaftiert werden können. Damit steht dieses Gesetz in Widerspruch zu international anerkannten Rechtsprinzipien wie das Recht auf Freiheit, Meinungsfreiheit, die Unschuldsvermutung und ein ordentliches Gerichtsverfahren.

Widerliche Bedingungen in der Haftanstalt

Mehrere der Inhaftierten sind ältere Menschen mit Vorerkrankungen. Dennoch werden sie seit über 5 Jahren in überfüllten Gefängnissen festgehalten. Es gab Berichte über verschiedene akute Infektionen und eine rasche Verschlechterung ihrer Gesundheitszustände. Ausreichende medizinische Behandlungen gab es aber nicht. Sogar während des Höhenpunkts der Corona-Krise, als mehrere Personen über Symptome klagten, gab es keine Behandlung. Pater Stan Swamy – 83 Jahre alt und an der Parkinson-Krankheit leidend – starb vor zwei Jahren sogar in Untersuchungshaft.

Laut Internationalen Menschenrechtsnormen, muss das Verhängen von Untersuchungshaft versucht minimiert werden. Das heißt: Personen sollten auf Kautionsfreilassung werden. Im Fall der BK16 haben bis jetzt, nach Jahren, erst 5 Personen Kautionsfreilassung bekommen. Vor wenigen Wochen erst sind Vernon Gonsalves und Arun Ferreira auf Anordnung eines Sondergerichts freigelassen worden. Davon, auf Kautionsfreilassung zu sein, kann jedoch nicht die Rede sein. Es gelten nämlich (zu) einschränkende Bedingungen wie Hausarrest, ein Verbot über den Fall zu reden und gezwungene digitale Überwachung.

Zeit die Augen zu öffnen

Während die Welt sich also nach Indien – der größten «Demokratie» der Welt – aufmacht, um globale Herausforderungen gemeinsam anzugehen, nehmen dort die Menschenrechtsverletzungen zu. Human Rights Watch, Amnesty International und das U.S. State Department zeigen dies alle in ihren Berichten auf. Der Fall der BK16 ist also ein Beispiel dafür, wie in Indien unter dem Regime von Premierminister Modi der Rechtsstaat immer weiter erodiert. Die internationalen Regierungschefs dürfen während ihres Besuches die Augen nicht vor diesen Tatsachen schließen und sollen ihren Besuch in Indien nicht nur nutzen, um globale Herausforderungen zu besprechen, sondern auch auf die internen Herausforderungen hinzuweisen.

Die Verteidigung der Menschenrechte sollte im Mittelpunkt der EU-Indien-Partnerschaft stehen, forderte die finnische Abgeordnete des Europäischen Parlaments Alviina Alametsa

nach ihrem Indien-Besuch in diesem Jahr. Dabei wies sie darauf hin, dass es auch in europäischen Ländern Fälle von Rechtsverletzungen an Minderheiten gibt.

Nur wenn die EU und Indien in diesen kritischen Fragen zusammenarbeiten, kann die oft und gern verwendete Formel von der Werte-Gemeinschaft ernst genommen werden.

Quellen:

- <https://www.livelaw.in/articles/uapa-breaking-down-the-fallacies-unlawful-activities-230540>
- https://www.washingtonpost.com/context/new-forensic-report-finds-further-evidence-was-planted-in-case-against-indian-activists/bcc1d245-9e41-43e0-820a-b0beaef85a74/?itid=lk_inline_manual_5
- https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/mysterious-arrest-of-activist-lawyer-seen-as-a-harbinger-for-india/2018/09/28/89994490-c0e9-11e8-9f4f-a1b7af255aa5_story.html
- <https://www.washingtonpost.com/world/2021/04/20/india-bhima-koregaon-activists-report/>
- https://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/01/29/in-india-the-bhima-koregaon-case-hinges-on-fabricated-guilt_6013544_4.html
- <https://www.theguardian.com/world/2021/aug/12/bhima-koregaon-case-india-conspiracy-modi>
- <https://thewire.in/tech/snooping-email-malware-india-bhima-koregaon>
- <https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/south-asia/india/report-india/>
- <https://www.hrw.org/world-report/2023/country-chapters/india>
- <https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/india>
- <https://thewire.in/world/alviina-alametsa-eu-mep-india-human-rights>
- <https://www.theguardian.com/world/2021/aug/12/bhima-koregaon-case-india-conspiracy-modi>

